

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Albrecht Schütte CDU

Entwicklung der Polizeistärke auf den Revieren im Zuge des Personal- aufbaus

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Stellen für das Polizeipräsidium (PP) Mannheim waren in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021 und 2022 im Haushalt ausgebracht und waren bzw. sind für 2023 und 2024 ausgebracht (ich bitte um Aufteilung nach Beamten- und Angestelltenstellen sowie nach mittlerem, gehobenem und höherem Dienst)?
2. Wie teilen sich diese Stellen auf die verschiedenen Bereiche des PP Mannheim auf (Kriminalpolizei, Schutzpolizei, Verkehrspolizei, weitere)?
3. Wie teilen sich diese Stellen bei der Schutzpolizei und Verkehrs-/Autobahnpolizei jeweils auf die Reviere auf (bitte dort nach Schichtdienst, Ermittlungsdienst, dem jeweiligen Revier zugeteilte Posten und weitere aufteilen)?
4. Was war bzw. ist das jeweilige Netto-Ist (Köpfe und VZÄ) zum 1. April und 1. Oktober der Jahre 2019 bis 2024 (bitte ebenfalls nach Bereichen und auf die Reviere sowie die dortigen Funktionen aufteilen)?
5. Welche Anzahl von Praktikanten (Köpfe und VZÄ) sind in diesen Zahlen zur Frage 4 jeweils enthalten?
6. Was waren von 2019 bis 2024 jeweils die Zugänge (Köpfe und VZÄ) zum 1. März/1. April und 1. Oktober an Netto-Ist?
7. Was waren die jeweiligen Abgänge Netto-Ist (Köpfe und VZÄ) zwischen dem 1. April und 30. September bzw. 1. Oktober und 31. März des Folgejahres für die Jahre 2019 bis 2024 (hier natürlich nur das 1. Quartal)?
8. Wie schätzt sie die voraussichtliche Entwicklung der Polizeistärke (Netto Ist in VZÄ) in Mannheim zum 1. April 2025 sowie zum 1. April 2026 ein?
9. Wie vergleichen sich diese Zahlen (in den Fragen 1 bis 7) zur landesweiten Entwicklung?

19.4.2024

Dr. Schütte CDU

Begründung

In den letzten Jahren hat das Land Baden-Württemberg in einer beispiellosen Offensive mehr Anwärterinnen und Anwärter auf den Polizeidienst eingestellt als zeitgleich Polizistinnen und Polizisten aus dem Dienst (vor allem in den Ruhestand) ausgeschieden sind. Mit dieser Kleinen Anfrage soll geklärt werden, ob davon auch ländliche Reviere profitieren.